

Ökobank

Turnschuhbankiers vor hohen Hürden

Ein Gutachten blockiert die Gründung des alternativen Kreditinstituts

Von **Rudolf Kahlen**

13. Februar 1987, 8:00 Uhr /

AUS DER ZEIT NR. 08/1987



Von Rudolf Kahlen

Endlich liegt er auf dem Tisch. Mit der Morgenpost trudelte der Architektenplan ein. Fein säuberlich gezeichnet, zeigt er die zweihundert Quadratmeter großen Geschäftsräume der Ökobank, so wie sie am "Tage X" einmal aussehen sollen. Torsten Martin, einer der Gründer des alternativen Projekts, beugt sich darüber. Mit dem Finger fährt er auf dem ausgebreiteten Blatt die angedeuteten Eingangsstufen entlang über den gläsernen Windfang hinweg: vorne der Kundenschalter, weiter hinten die Beratungszone und in der Mitte eine Art Begegnungszentrum, wo sich später einmal ein jeder ruhig zurücklehnen kann. Dort liegen dann Zeitungen aus, da kann aber auch mal heftig diskutiert werden, da sollen Vortragsabende stattfinden. Und überall ist es grün, weil Pflanzen in einem Ökoinstitut natürlich nicht fehlen dürfen.

Wenn Torsten Martin und seine Mitstreiter Jutta Gelbrich und Dieter Reincke den Plan so studieren, dann scheint ihr Ziel – wie das der vierzehntausend Gleichgesinnten – zum Greifen nah. Doch die drei wissen zu genau, daß noch hohe Hürden genommen werden müssen, bis die sogenannten Turnschuhbankiers im Frankfurter Nordend die Schalterhallen öffnen können. Derzeit arbeiten sie auf dem flachen Land in einem Büro in der Krebsmühle bei Oberursel – Tür an Tür mit anderen alternativen Betrieben.

Nach den Problemen befragt, stützt sich Martin auf seinen Schreibtisch und fängt an aufzuzählen: "Erst einmal brauchen wir jetzt zwei Geschäftsleiter, die von der Bankenaufsicht in Berlin als fachlich geeignet eingestuft werden." Nur so kann es nämlich grünes Licht für die Gründung geben. Doch die Vorstände dürften über kurz oder lang gefunden werden.

Schwieriger wird es schon bei Punkt zwei. "Die Ökobank muß, damit sie als

Genossenschaft firmieren kann, dem zuständigen Prüfungsverband der Volks- und Raiffeisenbanken in Frankfurt beitreten", erklärt der 32jährige Bankkaufmann und Diplom-Betriebswirt. Das ist gar nicht so leicht. Denn die ersehnte Mitgliedskarte gibt's erst, wenn das Geschäftskonzept der Bank als einwandfrei gilt. Ein erstes Gutachten des hessischen Genossenschaftsverbandes liegt mittlerweile schon vor, es testiert allerdings genau das Gegenteil. Die Wirtschaftsprüfer des Verbandes listen darin Risiken auf, die in ihren Augen eine dauerhafte Existenz der Ökobank gefährden. Jetzt muß in der Krebsmühle erneut am Konzept gefeilt werden.

Einiges Kopfzerbrechen bereitet den Gründern auch noch der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn, weil sich die Genossen bislang sträuben, die vermeintlichen Szene-Banker in ihre Reihen aufzunehmen. Den Unerwünschten soll der Eintritt in den genossenschaftlichen Einlagensicherungsfonds versperrt bleiben, einer Einrichtung, die hilft, wenn eine Mitgliedsbank in die roten Zahlen kommt.

Derartige Hindernisse auf dem Weg zum Ziel wirken ernüchternd, selbst wenn dank der vierzehntausend Geldgeber das erste Etappenziel - ein Grundkapital von bald sieben Millionen Mark - erreicht ist. Deshalb ist man in der Krebsmühle auch vom Sprücheklopfen abgekommen. Hieß es vor zwei Jahren noch, die Kohle sei lange genug schwarz gewesen, oder: aufgeklärtes Geld müsse endlich eine politische Heimat kriegen, so wird heute von "betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten" gesprochen und von "vernünftiger Vorgehensweise". Die neuen Sprachgepflogenheiten ändern jedoch nichts an den politischen Leitlinien, eine bewußte Alternative zu den herkömmlichen Kreditinstituten bieten zu wollen. Die Ökobanker möchten einfach nicht nur Leute aus der Szene in ihrer künftigen Kartei führen, auch die ganz normale Kundschaft soll umworben werden. Da machen sich saloppe Sprüche schlecht.

Was zählt, ist ein solides Konzept. "Die Bank muß von Anfang an auf sicheren Beinen stehen", meint denn auch Martin. Ganz in diesem Sinne sind die Gründer von dem Gedanken abgekommen, gleich zu Beginn alle Bankgeschäfte anzubieten. Sparbücher wird's geben, einen Umweltsparbrief mit siebenjähriger Laufzeit auch. Ein Girokonto indes kann man in den ersten Jahren nicht bei der Ökobank einrichten. Der Arbeitsaufwand und die Kosten wären einfach zu hoch. Aber im Kreditgeschäft wollen sie mitmischen, beispielsweise mit Ratenkrediten zur Finanzierung von Autos mit Katalysator und Darlehen für alternative Firmen.

Doch gerade daran stößt sich Bernhard Schramm. Der Verbandspräsident der Volks- und Raiffeisenbanken spricht von einem "Hundert-Millionen-Risiko". Das Ganze sei so riskant, "weil die Ökobank ja gerade solche Kredite vergeben will, die Banken und Sparkassen wegen zu hoher Risiken nicht geben konnten".

Schramm sagte das unlängst auf einer Tagung der Genossenschaftsbanken in Garmisch-Partenkirchen. Der Beifall aus den eigenen Reihen war ihm sicher. Alternative Betriebe, auf die er anspielte, sind eben in den Augen der konservativen Banken keine kreditwürdige Adresse.

Damit es aber gar nicht erst zu den von Schramm befürchteten Reinfällen kommt, haben die Ökobanker in der Krebsmühle einen Plan ausgetüftelt. Torsten Martin greift hinter sich ins Regal zieht eine Akte hervor und legt sie auf den Schreibtisch. Er blättert und deutet dann auf das Papier: "Um das Risiko zu begrenzen, sollen vorerst an kreditwürdige Alternativbetriebe nur Gelder von zusammen höchstens 5,4 Millionen Mark gehen." Das ist ein Klacks und sogar weit weniger als das eingezahlte Kapital der Ökobank.

Ganz abgesehen davon zeigt eine Untersuchung der Universität Erlangen-Nürnberg, daß die Firmen der alternativen Szene eine mit herkömmlichen Kleinbetrieben vergleichbare "Bestandsdauer" haben. Wie die Wissenschaftler Henrik Kreutz und Gerhard Fröhlich herausfanden, verschwinden nur sechs Prozent der unkonventionellen Projekte jährlich von der Bildfläche. Eine Einschränkung macht Kreutz allerdings: "Ihre Kapitalausstattung ist geringer, die Ertragskraft bescheiden." Das könnte sich natürlich bei so manchem Betrieb ändern, wenn die Gelder der Ökobank fließen.

Doch bevor dafür Kreditverträge formuliert werden können, muß erst einmal das Geschäftskonzept umgeschrieben werden. Die Satzung der Ökobank genügt nämlich nicht den genossenschaftlichen Vorschriften. So kann der künftige Vorstand das Institut nach Meinung der Frankfurter Verbandsprüfer nicht vollständig eigenverantwortlich leiten. Der Ökobank-Verein, die Gemeinschaft der Freunde und Förderer des Projekte, hat nach den momentanen Regeln ein entscheidendes Wörtchen mitzureden - vor allem bei der Vergabe von Förderkrediten etwa an Firmen aus der Szene.

Das mag durchaus als sinnvoll erscheinen, denn der Verein gilt als "eine Art politisches Gewissen", wie Jutta Gelbrich es umschreibt. Die Bankkaufleute sollen eben im Alltagsgeschäft nie vergessen, was die Leitlinien des Hauses sind. Aber an den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes kann sich nun mal nicht vorbeimogeln, wer um Aufnahme in den Kreis dieser Banken wirbt.

Zu den rechtlichen Einwänden kommen noch betriebswirtschaftliche Schwachpunkte: Die Ökobanker können unmöglich aus dem Stegreif heraus ein bundesweites Filialnetz aufbauen. Sie wollen aber zwischen Flensburg und Berchtesgaden Geschäfte machen. Damit das funktioniert, sollen Regionalbeiräte, die größtenteils keine Bankkaufleute sind, förderungswürdige Projekte aus ihrem Landstrich nach Frankfurt melden. Ob nach diesem Organisationsmuster die Kreditwürdigkeit der einzelnen Betriebe solide geprüft werden kann und eine laufende Kreditüberwachung möglich ist, mag nicht

ausgeschlossen sein, ist aber zumindest doch fraglich.

Auf jeden Fall werden die Experten in der Zentrale gerade während der Anfangsphase alle Hände voll zu tun haben. Deshalb läßt sich auch durchaus darüber streiten, ob Martin in seinen Planbilanzen für die ersten drei Geschäftsjahre die Aufwendungen fürs Personal nicht allzu niedrig angesetzt hat. Wie sollen neun Leute im ersten Jahr mit knapp fünfzehntausend erhofften Kunden fertig werden, die wiederum allein rund achttausend Sparkonten eröffnet und geführt haben wollen?

Im Geschäftskonzept findet sich noch einiges, was nachgebessert werden muß. Das ist auch Torsten Martin klar. Deshalb berief er kürzlich eine Krisensitzung ein. Die Runde traf sich in Frankfurt und ging Punkt für Punkt durch, was geändert werden muß, damit das Ökobank-Vorhaben auch Wirklichkeit werden kann. Beim gemeinsamen Grübeln war eines klar: Selbst wenn die Gründer auf den Großteil der Einwände des Frankfurter Prüfungsverbandes eingingen, wäre das noch lange nicht gleichbedeutend mit einer Aufgabe der ursprünglichen Idee.

Eher am Rande kamen bei dem Treffen auch die Schwierigkeiten mit der Bankenaufsicht in Berlin zur Sprache. Dort werden gerade zwei Bewerbungen von potentiellen Ökobank-Geschäftsführern unter die Lupe genommen. Die eine stammt von einem fünfzigjährigen Prokuristen einer Frankfurter Großbank, die andere von einem 65jährigen Vorstandsmitglied einer Genossenschaftsbank.

Ob den beiden vom Aufsichtsamt die nötigen Führungsqualitäten bescheinigt werden, bleibt abzuwarten. Bisher sind jedenfalls die sechs vorhergehenden Bewerbungen als bedenklich zurückgeschickt worden. Und das, obwohl sie auf Empfehlung der hessischen Landeszentralbank in Berlin eingereicht worden waren. Solange die Vorstandsfrage noch offen ist, kann die Ökobank - einmal abgesehen von den anderen Schwierigkeiten - noch nicht gegründet werden.

Trotzdem laufen die Vorbereitungen schon auf vollen Touren: Die Geschäftsräume am Luisenplatz sind zum 1. März angemietet, der Umbau soll bis Anfang April über die Bühne sein, spätestens im Mai wollen Martin und seine Kollegen einziehen. So zumindest sieht es der Zeitplan bis jetzt noch vor.

Doch mit dem Öffnen der Kassenhalle müssen die Bankgründer wohl noch einige Monate länger warten. Das geringste *Handikap* ist dabei die strikte Weigerung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, das Ökoinstitut in den Einlagensicherungsfonds aufzunehmen. Das Gesetz schreibt eine solche Mitgliedschaft nämlich nicht zwingend vor. Doch sie ist ausgesprochen ratsam, damit die Öko-Sparkonten - wie die der anderen Genossenschaftsbanken auch - gesichert sind.

Die unkonventionellen Finanziers haben allerdings einen schweren Stand bei dem Bonner Dachverband. Präsident Schramm kanzelt sie als sozialromantische Träumer ab, brandmarkt ihr Vorhaben als ökosozialistische Kreditverteilung; und dementsprechend gering ist auch die Gesprächsbereitschaft. Einmal, im Juli vergangenen Jahres, trafen sich die vermeintlichen Traumtänzer in der Bonner Heussallee mit den Genossen. Das Gespräch dauerte eine knappe halbe Stunde. "Uns wurde schnell klar gemacht", erinnert sich Martin, "daß im Grunde die Entscheidung des Verbandes schon längst gefallen war." Eine Aufnahme in die Sicherungseinrichtungen komme nicht in Frage, hieß es. Martin weiter: "Trotzdem wollten wir unser ausgearbeitetes Geschäftskonzept bei diesem Anlaß überreichen. Doch damit hatten wir keinen Erfolg."

Sicherlich kann das Verhalten der Funktionäre als stur angesehen werden, doch letztlich hatten sie recht, als sie zu verstehen gaben, dafür die falsche Anlaufstelle zu sein. Der Prüfungsverband in Frankfurt ist nun mal zuständig für die Ökobank. Und der kam jetzt bei der Bewertung des Geschäftskonzepts zu dem Schluß, die Ökobank könne nach momentanem Stand der Dinge nicht in den Bonner Einlagensicherungsfonds aufgenommen werden.

Schon vor dem niederschmetternden Gutachten war gerade den dreien in der Krebsmühle klar, wie schwierig es ist, bis aus einer sogenannten Ökobank in Gründung eine richtige Genossenschaftsbank wird. Diesen zeit- und nervenraubenden Gang durch die Institutionen nennt Martin gerne "einen langen Ritt durch den Dschungel der Paragraphen". Dennoch: Auf halber Strecke wollen die Turnschuhbankiers nicht schlappmachen.